



28. Geschäftsbericht der AUNS

2013

AUNS
ASIN
ASNI

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse indépendante et neutre
Azione per una Svizzera neutrale e indipendente

Die Organe der AUNS (Stand: 31.12. 2013)

Vorstand

Präsident

Schwander Pirmin

Dr. oec. publ., Unternehmer, Nationalrat, 8853 Lachen

Vizepräsidenten

Kessler Oswald

VR-Präsident, 1400 Yverdon-les-Bains

Reimann Lukas

Jurist BLaw, Nationalrat, 9500 Wil

Stamm Luzi

Rechtsanwalt, Nationalrat, 5405 Baden

Mitglieder

Cherbuin Alette

Kleinkindererzieherin, 1400 Yverdon-les-Bains

Cipolla Jean-Dominique

Notar, 1920 Martigny

Damiani Mauro

Projektverantwortlicher, 6516 Cugnasco-Gerra

Etter Hans

Kaufmann, alt Grossrat, 3052 Zollikofen

Fournier Anne

Unternehmerin, 1007 Lausanne

Freysinger Oskar

Gymnasiallehrer, lic. phil. I, Nationalrat, Staatsrat, 1965 Savièse

Fuchs Thomas

Betriebswirtschafter, Grossrat, 3018 Bern-Bümpliz

Grangier Kevin

Mediamatiker, 1630 Bulle

Mörgeli Christoph

Prof. Dr., Historiker, Nationalrat, 8713 Uerikon

Scheidegger René

ehem. Direktor, 1470 Estavayer-le-Lac

Stähli Benjamin

Designer, 3012 Bern und Äthiopien

Studer Marc

selbstständiger Vermögensberater, 1163 Etoy

Surber-Devoto Conrado A.

dipl. Ing. ETH, lic. oec. publ., Lima, Peru

Revisor

Andreas Roth

Notar, 3822 Lauterbrunnen

Geschäftsstelle

Geschäftsführer:

Werner Gartenmann, Matten bei Interlaken,

gartenmann@auns.ch

Mitarbeiter (ab 5.8.2013):

Albert Leimgruber, La Corbaz

Sekretariat:

Katharina Fischer, Bern

Kantonale Stützpunkte

Doyenne AUNS-Stützpunkte:

Elvira Hengeveld, 7205 Zizers, hengeveld@auns.ch

Coordination Suisse romande:

Erich Bertinat, 1203 Genf, bertinat@asin.ch

ASNI Ticino:

Mauro Damiani, 6516 Cugnasco-Gerra, damiani@asni.ch

Impressum

Geschäftsstelle: AUNS, Postfach 669, CH-3000 Bern 31

Tel.: 031 356 27 27, Fax: 031 356 27 28, Internet: www.auns.ch, www.u10.ch

E-Mail: info@auns.ch, PC-Konto: 30-10011-5

Postfinance IBAN CH91 0900 0000 3001 0011 5

Inhaltsverzeichnis

Die Organe der AUNS	2
Einleitung	4
Tätigkeit 2013 der AUNS	7
Dank	14
Schlussgedanken	15

Dieses Jahr wird der Geschäftsbericht der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) vom Thema «Bergsteigen» begleitet. Die Geografie, die Geschichte, die Kultur und die Mentalität der Schweiz sind geprägt von den Bergen. Alpenübergänge sind bis heute für ganz Europa von enormer Bedeutung. Der Schweizer Tourismus erwirtschaftet beträchtliche Erträge in den alpinen Regionen. Auch Pioniergeist fand oftmals in den Alpen fruchtbaren Boden, denken wir an die technischen Meisterleistungen im Bahnbau. Und vergessen wir nicht die Bedeutung der Berge als operativen Raum der Landesverteidigung.

Einen Gipfel zu erklimmen ist eine Herausforderung. Gefahren sind allgegenwärtig. Die erfolgreiche Ankunft löst Glücksgefühl aus. Und schafft Überblick. Gute Vorbereitung, gute Ausrüstung, gute Kondition, Ausdauer, Willenskraft, umfassende Kenntnisse und Vertrauen sind Voraussetzungen für den Erfolg.

Die AUNS begleitet unser Land auf dem Weg zum Gipfel. Sie gehört zur Ausrüstung. Sie will mitreden, mitgestalten, wenn nötig korrigieren und bremsen. Die nahe Zukunft der Schweiz lässt viele Fragen offen. Welcher Gipfel, welche Vorbereitung und vor allem welche Bergführer ...? Für die AUNS ist klar: Das Ziel war, ist und bleibt: Ein freies Schweizer Volk.





Einleitung

Es ist müssig, im Geschäftsbericht der AUNS die Lage in der Welt und in der EU in Form eines detaillierten Rückblickes darzustellen. Bildstark berichten Medien und Internet-Plattformen über das Geschehen. Zusammengefasst ist festzustellen: Die Welt ist nicht friedlicher und freiheitlicher geworden. Nachdenklich stimmt, dass die Europäische Union in Sachen Demokratie und Bürgernähe keine Fortschritte erzielte – im Gegenteil.

Für die Schweiz und ihre Bevölkerung geht es deshalb darum, die Freiheit zu verteidigen. Sie ist die Grundvoraussetzung für die Existenz unseres Landes.

Inmitten der immer noch spürbaren Wirtschafts- und Schuldenkrise sowie zunehmender brutaler Konflikte behauptete sich die schweizerische Eidgenossenschaft auf hohem Niveau. Wirtschaftlich erreichte sie Spitzenplätze in internationalen Ranglisten (Rankings), aussenpolitisch gewann sie als Vermittlerin in Krisen an Bedeutung und die direkte Demokratie geniesst – nicht bei den Polit-Eliten! – hohes Ansehen. Auf der anderen Seite wird das erfolgreiche Land von den USA, der EU, der OECD und den G20-Staaten unter Druck gesetzt, erpresst, bedroht und mit Krawallrhetorik eingedeckt – schöne neue Welt der Völkergemeinschaft gemäss dem Motto: Die Welt ist gut, wenn es allen schlecht geht.

Wenig Vertrauen in die Stärken der Schweiz

Die EU-phile Politklasse der Schweiz führt den Erfolg des Landes auf die zunehmende Integration in den EU-Binnenmarkt zurück. Die Personenfreizügigkeit mit der EU wird als das A und O des Wohlstandes verherrlicht.

Die eigenen Stärken werden einfach ausgeblendet, geleugnet und wegdiskutiert. Die – noch – freiheitliche Ordnung und die direkte Demokratie werden vorwiegend ignoriert. Funktionäre von Wirtschaftsverbänden und Wirtschaftsjournalisten erklären – nicht das erste Mal in der jüngeren Schweizer Geschichte –, die direkte Demokratie sei angesichts der globalen «Realitäten» ein Bremsklotz.

Die Mehrheit des Bundesrates, des Parlaments und der Bundesverwaltung stimmt in den antidemokratischen Chor ein. Auch sie macht sich an der Demokratie zu schaffen. Sie spricht zwar von einer Weiterentwicklung der direktdemokratischen Mitsprache, versteht aber darunter den Abbau. Weder wird die Problematik mit den überlasteten Gemeinden bei der Unterschriftenbeglaubigung angegangen noch werden ernsthafte Diskussionen lanciert, wie die direkte Demokratie weiterentwickelt werden könnte. Niemand fragt sich, warum heute so viele Volksinitiativen und Referenden ergriffen werden. Die Anzahl benötigter Unterschriften – für Gegner der direkten Mitsprache zu geringe Hürden – hat damit nichts zu tun. Sondern wir haben es mit der Tatsache zu tun,

dass Bürgerinnen und Bürger, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit der politischen Arbeit in Bundesbern nicht zufrieden sind. Das heisst, man wählt zwar das Parlament, aber man korrigiert anschliessend seine Politik.

EU-Beitritts-Fantasien lähmen Erneuerung

Die ausgeklügelte Machtverteilung zwischen Behörden und dem Volk als Souverän wird heute durch eine dritte Kraft, das internationale Recht und internationale Gerichte, empfindlich gestört, und zwar mit dem Resultat, dass der Souverän an Einfluss verliert. Weder der Bundesrat, die etablierte Wissenschaft noch die Medien und Parteien nehmen die Herausforderung an. Ihre Lösung lautet aber: weniger Mitsprache. Offenbar hat die Annahme obsiegt, mit einem EU-Beitritt – schleichend oder direkt – werde die direkte Demokratie sowieso in der Mottenkiste der skurrilen Sonderfalllösungen landen. Nur so lässt sich die Ignoranz in Sachen Demokratie erklären.

Irrweg geht weiter

Mit dem irreführenden Begriff «Erneuerung des bilateralen Weges» will der Bundesrat die EU-Integration mittels bilateraler EU-Beitrittsbeschleuniger-Verträge verstärken. Ohne Widerstand hat er ein von der EU diktiertes Verhandlungsmandat verabschiedet und verhandelt über sogenannte institutionelle Fragen. Es sind aber keine Fragen, sondern Forderun-





gen aus Brüssel. Es geht um die automatische – im Bundeshaus-Jargon «dynamische» – Übernahme von neuem EU-Recht und die Unterstellung der Rechtsprechung und Gesetzgebung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof (EuGH). Das Märchen von der Aufrechterhaltung der direkten Demokratie sollte in der Zwischenzeit nationale Bekanntheit erzielt haben. Referenden und Abstimmungen im Zusammenhang mit EU-Verträgen waren, sind und bleiben eine reine Farce, weil die Kantone und die Stimmbevölkerung zum Vorneherein mit der Angstkeule «Arbeitsplätze und Wohlstand in Gefahr» erpresst werden: «Ihr könnt schon Nein sagen, aber dann ...»

«Die direkte Demokratie ist für die Schweiz ein zentraler Pfeiler ihres politischen Systems.»¹

Kampf für die Demokratie

Die AUNS will die Themenführerschaft in Sachen direkte Demokratie übernehmen. Für Schweizerinnen und Schweizer sind die Neutralität und die politischen Freiheitsrechte der grösste gemeinsame staatspolitische Nenner. Denn eine Mehrheit ist sich bewusst, ohne diese Säulen geht die Substanz eines Landes verloren, welches zunehmend zum Vorbild vieler Völker geworden ist. Ohne politische Mitwirkungsrechte verliert auch der Souverän seine Macht, sein Veto. Das Volk wird zum politischen Untertan.

«Die Schweiz, ein demokratisches Modell, das bis heute europa- und weltweit einmalig ist.»²

Die rote Linie

Die direkte Demokratie ist weder mit einem EU- noch mit einem Nato-Beitritt vereinbar. Sie ist aber auch nicht vereinbar mit der drastisch zunehmenden Einmischung internationaler Gerichtshöfe. Es genügt schon, dass das Bundesgericht verstärkt Entscheide gegen demokratische Beschlüsse fällt.

Fazit:

Unsere Demokratie ist nicht verhandelbar. Die rote Linie lautet: Kein Abbau der politischen Freiheitsrechte.

¹ Dr. René Roca, Gespräch im AUNS-Bulletin Nr. 162, Dezember 2013

² Dr. René Roca, Gespräch im AUNS-Bulletin Nr. 162, Dezember 2013



Tätigkeit 2013 der AUNS

Die Medienbeobachtung zeigt, dass die AUNS 2013 regelmässig und in allen Landesteilen wahrgenommen wurde. Insbesondere die Lancierung der Idee, ein umfassendes Freihandelsabkommen mit der EU als Alternative zu den Bilateralen 1 und 2 zu erarbeiten, stiess auf grosses Interesse. Die Arbeiten am Entwurf für ein solches Abkommen wurden gestartet. Ebenfalls auf gutes Echo stiessen die Vernehmlassungsantworten der AUNS.

Vernehmlassungen

Die AUNS hat an folgenden eidgenössischen Vernehmlassungen mitgewirkt:

- Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Völkerrecht und Landesrecht: Ablehnung. Begründung: Schwächung der direkten Demokratie.
- Weiterentwicklung der Armee (WEA): Ablehnung. Begründung: Verursacht militärische Abhängigkeit vom Ausland durch weiteren Abbau des militärischen Potenzials.
- Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien: Ablehnung. Begründung: Die Personenfreizügigkeit hat zu einer Masseneinwanderung geführt mit volkswirtschaftlichen und souveränitätspolitischen Negativfolgen.



28. Mitgliederversammlung: Plädoyer für eine eigenständige Schweiz

Gegen 700 Mitglieder aus allen Landesteilen der Schweiz trafen sich am 27. April 2013 in Bern zur 28. ordentlichen Mitgliederversammlung.

Nationalrat Pirmin Schwander konnte die AUNS-Mitglieder in Bern überzeugen, dass nicht neue bilaterale Verträge das Hauptproblem sind, sondern die bisherigen bilateralen Pakete I und II. Deshalb müsse die AUNS die EU-Personenfreizügigkeit und Schengen angreifen mit dem Ziel, diese für die Schweiz untauglichen Abkommen zu kündigen. Dieser Ansatz bringe die notwendige Dynamik in die EU-Politik und stoppe schliesslich auch das Ansinnen des Bundesrates, automatisch neues EU-Recht und fremde Richter zu akzeptieren sowie die Schweiz über die bilaterale Hintertreppe in die EU zu führen.



Deutsche Gastreferenten mahnen

Der deutsche Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider zeigte in einem anspruchsvollen Referat auf, dass der EU-Binnenmarkt sich entgegen allen Illusionen nicht zu einem homogenen Wirtschaftsraum integriert habe, sondern trotz grosser Subventionen aus Unionsfonds die Divergenzen verstärke. Sein Bestand erzwingt die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im vereinten Raum,

also eine Politik auch der sozialen Integration. Das gehe nur mittels eines grossen Finanzausgleichs, der alle überfordere und den grossen Unionsraum im Weltmarkt derart schwäche, dass er insgesamt seine Wettbewerbsfähigkeit verliere. Mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion verliere Europa seine politische Kultur, nämlich Demokratie und Rechtsstaat und damit die Freiheit der Bürger. Nur ein europäisches Europa, eine Europa souveräner Völker kann ein Europa der Bürger sein. An einer solchen Union könnten auch die Eidgenossen mitwirken, ohne ihr grösstes Gut, die direkte Demokratie, zu verlieren.



Der zweite Gast aus Deutschland, Rechtsanwalt Carlos A. Gebauer, Mitglied der deutschen FDP, erklärte, mit der Einführung der «Gemeinschaftswährung» Euro seien die europäischen Völker in grossem Umfange währungstechnisch «zusammengerückt».

Währungspolitische Höflichkeitsabstände zueinander fielen hierdurch zwangsläufig fort. Die Gemeinschaftswährung mache damit (auch) unmöglich, unterschiedliche Mentalitäten der beteiligten Völker in gehörigem Abstand voneinander zu halten. Die Vereinheitlichung der Währung müsse daher unausweichlich (von allen Beteiligten) bald als Eingriff in den eigenen Freiheitsraum verstanden werden. Das andernorts als wesentlich an-

erkannte «Selbstbestimmungsrecht der Völker» wandle sich in ein währungspolitisches und währungstechnisches Fremdbestimmtsein.

Wechsel im Vizepräsidium

Die Versammlung wählte Nationalrat Pirmin Schwander mit Akklamation für eine weitere Amtsperiode zum Präsidenten. Oswald Kessler und Nationalrat Lukas Reimann wurden neu ins dreiköpfige Vizepräsidium gewählt (Nationalrat Luzi Stamm gehört seit 2004 dem Vizepräsidium an). Jean-Dominique Cipolla verliess nach 22 Jahren das Vizepräsidium, verbleibt aber im Vorstand. Für eine weitere Amtszeit wurden die Vorstandsmitglieder Nationalrat Christoph Mörgeli und René Scheidegger bestätigt.

1. AUNS-Anerkennungspreis

AUNS-Geschäftsführer Werner Gartenmann überreichte den 1. AUNS-Anerkennungspreis an das Ehepaar Käthy und Karl Arnold-Imhof aus Unterägeri für das grosse Engagement bei Unterschriftensammlungen.

Vorstand

Der Vorstand tagte fünf Mal in Bern jeweils am ersten Tag der eidgenössischen Session. Unter Leitung des Präsidenten Dr. Pirmin Schwander wurden politische Lagebeurteilungen vorgenommen, Anträge der Geschäftsstelle behandelt und entsprechende Massnahmen beschlossen. Der Vorstand handelte immer mit

Blick auf das oberste Ziel: «Verhinderung des EU-Beitritts».

Der Vorstand hat beschlossen, im Komitee «gegen den schleichenden EU-Beitritt» mitzumachen. Das Komitee ist ein Schulterschluss möglichst vieler Kräfte, die sich für die Eigenständigkeit der Schweiz einsetzen.

Im Weiteren beschloss er, das Abstimmungskomitee gegen die Abschaffung der Wehrpflicht finanziell zu unterstützen (Abstimmung vom 22. September 2013) und sich aktiv für die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative zu engagieren (Abstimmung vom 9. Februar 2014).



Strategiekommission

Die Strategiekommission unter der Leitung des Vizepräsidenten Oswald Kessler erarbeitete zuhanden des Vorstandes

Anträge im Bereich Positionierung der AUNS, Mitgliederwerbung und Erfüllung des Hauptauftrages «Verhinderung EU-Beitritt».



Würde und Bürde:

3. März 2013: Vorstandsmitglied Oskar Freysinger gelingt mit einem Glanzresultat der Einzug in die Walliser Regierung.

19. Mai 2013: Das ehemalige Vorstandsmitglied Yvan Perrin wird in die Neuenburger Regierung gewählt.



Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle übernahm wiederum vielseitige Aufträge auf der operativen Ebene: Administration, Redaktion, Internet, Mitgliederdienste, Mitgliederwerbung, kantonale Stützpunkte, Vernehmlassungen, Kontakte zu Behörden, Medien und Mitgliedern. Der vollamtliche Geschäftsführer Werner Gartenmann hat zudem an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen. Die Geschäftsstelle hat regelmässig Medienmitteilungen zu aktuellen Ereignissen verfasst. Der Geschäftsführer wird unterstützt von der Sekretärin Katharina Fischer (60 %) und ab August von Albert Leimgruber (100 %).



Er ist bilingue, arbeitet im ganzen Aufgabenbereich mit Schwergewicht Aufbau Suisse romande. Diverse Schweizer KMU-Betriebe (Druck, Grafik, Logistik und Übersetzung) unterstützen die AUNS-Tätigkeit mit hoher Qualität.

Die AUNS-Stützpunkte: Suisse romande und Tessin setzen Massstab

Die kantonalen Stützpunkte haben mehrheitlich gute Arbeit geleistet. Erfreulich ist die Entwicklung in der Suisse romande. Die Aktivität wird zunehmend sichtbar. Für den Kanton Neuenburg konnte mit Alexandre Willener endlich ein neuer Verantwortlicher gefunden werden. Stellvertretend für die vielseitige Aktivität werden folgende Aktionen erwähnt: Vom 21. bis 22. September 2013 konnte in Les Paccots FR die 3. sogenannte «Université d'été» mit namhaften Referenten durchgeführt werden. Die AUNS im Kanton Waadt organisierte für ihre Mitglieder einen Besuch im Bundeshaus und einen Vortrag zum Thema «Cyberkriminalität». Am 6. Dezember 2013 führte die AUNS Wallis erneut das traditionelle «Fest der Unabhängigkeit» (Fête de l'Indépendance) durch. Auch im Kanton Tessin konnte sich unter der Leitung von Mauro Damiani der



(v.l.n.r. Gerry Pacher, Leiter HR Business Partner Inselspital Bern; Andreas Rickenbacher, Regierungsrat Bern; Artur Vogel, Chefredaktor Der Bund; Martin Strobel, Vorsitzender der Konzernleitung Basler Versicherung; Fritz Burkhalter, Gründer und Vorsitzender Swiss German Club; Werner Gartenmann, Geschäftsführer AUNS)

Podium des Swiss German Club zum Thema «Deutsche in der Schweiz – willkommen oder nur geduldet?». Das deutschstämmige Publikum unterstützte auffällig die Forderung, die masslose Zuwanderung zu bremsen – ein gutes Zeichen für den 9. Februar 2014!

Stützpunkt festigen. Höhepunkt war die erste «Festa dell'Indipendenza» am 6. Dezember 2013. Im Abstimmungskampf gegen die Wehrpflichtabschaffung engagierten sich mehrere AUNS-Stützpunkte. Regelmässige Standaktionen und Veranstaltungen wurden in den Kantonen Wallis, Waadt, Freiburg, Genf, Graubünden, Bern und Neuenburg durchgeführt. In der Deutschschweiz fiel die Bilanz unter dem Strich durchgezogen aus. Nach wie vor bestehen grosse personelle Lücken. Es sei an dieser Stelle erneut festgehalten: Wenn die AUNS die Fähigkeit zur flächendeckenden «Strassenarbeit» verliert, reduziert sich ihre Durchsetzungskraft massiv.

Partnerschaft mit JUNS

Die Jugendbewegung Young4FUN wurde ab Mitte Geschäftsjahr in JUNS, Junge für eine unabhängige und neutrale Schweiz, umbenannt. Die Zusammenarbeit zwischen der AUNS und der JUNS erreichte einen weiteren Höhepunkt. Mit der Kampagne gegen die Abschaffung der Wehrpflicht traten AUNS und JUNS das erste Mal gemeinsam auf.



Das AUNS-Bulletin

Im Berichtsjahr erschienen sieben Ausgaben in deutscher, französischer und italienischer Sprache: Ausgabe Februar (Nr. 156) / Ausgabe März (Nr. 157) / Sonderausgabe Juni zur Abstimmung über die Wehrpflicht (Nr. 158) / Ausgabe September (Nr. 160) / Ausgabe November (Nr. 161) / Ausgabe Dezember (Nr. 162) mit Schwergewicht Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative. Kurzmeldungen informierten über das politische Geschehen in der Schweiz, in der EU und UNO. In Ergänzung dazu vertieften Artikel verschiedene Themen: Sicherheitspolitik, direkte Demokratie, Finanzplatz, Landverkehr, Steuerpolitik





und Masseneinwanderung. Externe Autoren wurden verstärkt beigezogen: Prof. Hans Geiger, Weiningen; Heinrich L. Wirz, Bremgarten BE; SVP-Nationalrat Hans Kaufmann, Wettswil a. Albis; FDP-Nationalrat Fathi Derdier, Pully; FDP-Regierungsrat Pascal Broulis, Finanzdirektor Kanton Waadt; Dr. Hermann Suter, Präsident Gruppe GIARDINO; Dr. René Roca, Oberrohrdorf-Staretswil.

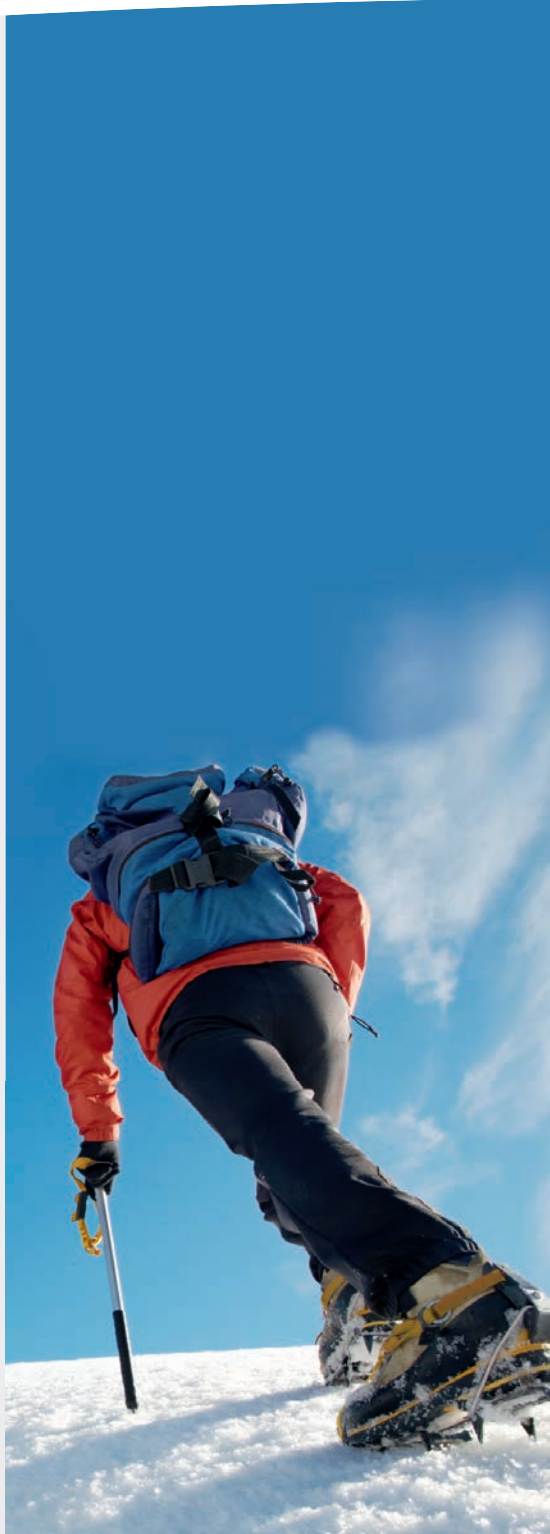
Der Geschäftsführer der JUNS (Junge für eine unabhängige und neutrale Schweiz) Mike Egger hat regelmässig in der Rubrik «Jugend Corner» Kommentare verfasst.

Weitere Drucksachen

Für den Abstimmungskampf gegen die Abschaffung der Wehrpflicht wurden Prospekte, Postkarten und Plakate in grösseren Auflagen gedruckt.

Neben vielen kleineren Drucksachen wie Bestell-, Beitrittskarten, Einzahlungsscheinen und Spendenflyern wurden folgende Broschüren realisiert:

- Geschäftsbericht 2012 (deutsch, französisch, italienisch)
- Überarbeitete Auflage der Werbebroschüre «Ein freies Volk» (deutsch, französisch)
- Broschüre «Der Freiheit den Vorrang geben»; Autoren: Nationalrat Dr. Pirmin Schwander, Prof. Dr. iur. Karl Albrecht Schachtschneider, Rechtsanwalt Carlos A. Gebauer (deutsch, französisch, italienisch)
- Broschüre «Erfolgsmodell Schweiz: Föderalismus, direkte Demokratie und Mi-



Jahresrechnung und Bilanz

Jahresrechnung 2013

	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Einnahmen		
Beiträge und Spenden	3'428'135.54	1'088'601.17
Finanzertrag	143'604.67	77'675.90
Total Einnahmen	3'571'740.21	1'166'277.07
Ausgaben		
Propaganda, Werbung	458'554.21	421'981.79
Mitgliederbriefe, Presse	284'205.35	301'040.10
Sonderaktionen	2'709'014.65	279'709.24
Abschreibungen	2'929.50	4'602.85
Allgemeines	116'673.00	137'853.20
Total Ausgaben	3'571'376.71	1'145'187.18
Zusammenstellung		
Total Einnahmen	3'571'740.21	1'166'277.07
Total Ausgaben	3'571'376.71	1'145'187.18
Einnahmenüberschuss	+ 363.50	+ 21'089.89

- : Ausgabenüberschuss / + : Einnahmenüberschuss

Bilanz per 31. Dezember 2013

Kasse	1'916.40	
Konten bei Postfinance	1'065'531.04	
Konten bei Banken	474'725.37	
Wertschriften	662'427.45	
Guthaben	75'014.82	
EDV-Anlage, Mobiliar	7'280.00	
Kreditoren		60'371.15
Sonderfonds		54'961.65
Kapital		2'171'562.28
	2'286'895.08	2'286'895.08

lizprinzip»; Autor: Bundespräsident Ueli Maurer (deutsch)

- Broschüre «Wie die Schweiz sich sieht»; Autor: Bundespräsident Ueli Maurer (deutsch, französisch)
- Broschüre «Die historischen Wurzeln der schweizerischen Geschichte»; Autor: Dr. René Roca
- Leporello: «Vorsätze 2014» (deutsch, französisch, italienisch)

Jahresrechnung und Bilanz

Die Mitgliederversammlung vom 27. April 2013 beschloss, die Jahresbeiträge für das Jahr 2013 unverändert zu belassen: 35 Franken (Mitglieder), 50 Franken (Ehepaare) und 100 Franken (Gönner), Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Im Berichtsjahr fielen die Beiträge und Spenden im Vergleich zum Budget 2013 um 135'398.83 Franken tiefer aus. Es müssen drei Gründe für die Mindereinnahmen aufgeführt werden: Nach dem Einnahmenrekord des Jahres 2012 gingen die Spenden zurück. Zudem wurden die Jahresbeiträge weniger stark aufgerundet. Neben diesen «Verschnaufpausen» kam ein angekündigtes Legat noch nicht zur Auszahlung.

Der Wertschriftenertrag fiel im Vergleich zum Budget um 64'175.90 Franken höher aus. Die Einnahmen belaufen sich auf total 1'166'277.07 Franken und verfehlten das Budget um 71'222.93 Franken.

Die Ausgaben von total 1'145'187.18 Franken fallen um 171'887.18 Franken

höher aus. Für die Werbung und Drucksachen wurde mehr ausgegeben als vorgesehen. Auch wurden Vorarbeiten unter anderem für die Werbung im neuen Berichtsjahr und für die professionelle Lancierung der Social-Media-Plattformen lanciert. Im Weiteren war im Budget 2013 die personelle Verstärkung der Geschäftsstelle noch nicht berücksichtigt.

Die Rechnung schliesst mit einem Einnahmenüberschuss von 21'089.89 Franken ab. Das Vermögen beträgt am 31. Dezember 2013: 2'286'895.08 Franken.

Der Mitgliederbestand wuchs leicht um 87 Mitglieder netto (netto bedeutet, Austritte infolge Alter, Tod und Wegzug ins Ausland sind bereits abgezogen), brutto um 501 Mitglieder. Leider verlässt uns zunehmend eine Generation, die über Jahrzehnte mit Herzblut für die Sache der AUNS eintritt. Wir stellen aber fest, dass gerade die jüngere Generation sich ihrer Wurzeln bewusst wird und den Kontakt mit der AUNS sucht.

Dank

Das Präsidium und die Geschäftsstelle danken allen Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten für ihr Engagement. Besonderer Dank geht an die Vorstandsmitglieder und Stützpunktverantwortlichen in den Kantonen. Ein weiterer Dank geht an befreundete Organisationen für die gute Zusammenarbeit und den konstruktiven Erfahrungsaustausch.



Schlussgedanken

Wir Schweizerinnen und Schweizer laufen Gefahr, unsere grösste Errungenschaft, die politischen Freiheitsrechte, zu verlieren. Deshalb: «Die direkte Demokratie ist nicht verhandelbar». Politische Entscheidungen müssen unter diesem Aspekt beurteilt werden. Dafür hat die AUNS zu sorgen.



Grundlagen: Bundesverfassung und AUNS-Statuten im Einklang

Bundesverfassung der Schweizeri- schen Eidgenossenschaft: Artikel 2

Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.

Der Auftrag der AUNS (Artikel 2 der Statuten):

- a) Überwachung der Aussenpolitik des Bundes sowie Orientierung der Mitglieder und des Volkes über die Probleme und die Problematik der schweizerischen Aussenpolitik;
- b) Einsatz zur Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft;
- c) Kampf für eine Aussenpolitik des Bundes, welche die integrale und traditionelle Neutralität respektiert und damit die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes gewährleistet;
- d) Verhinderung von Aktivismus bei der Aussenpolitik und von unnötigen internationalen Engagements.
- e) Kampf für die direkte Demokratie der Schweizerischen Eidgenossenschaft durch Stärkung der politischen Freiheitsrechte des Volkes.

